

# CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der  
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 34/2019



**abgeschlossen am  
9. April 2019**

	<u>Seite</u>
<b>1. Sonderstaatsanwalt Mueller legt Abschlussbericht vor</b>	<b>1</b>
<b>2. Haushaltskompromiss beendet Teilschließung von Bundesbehörden</b>	<b>4</b>
<b>3. Präsident Trump ruft nationalen Notstand an der Südgrenze der USA aus</b>	<b>5</b>
<b>4. Senat und Repräsentantenhaus verlangen Ende der Beteiligung der USA am Krieg im Jemen</b>	<b>8</b>
<b>5. Repräsentantenhaus spricht sich mit großer Mehrheit gegen Rückzug aus der <i>NATO</i> aus</b>	<b>11</b>
<b>6. Repräsentantenhaus verabschiedet Resolutionen gegen Antisemitismus und Rassismus</b>	<b>15</b>
<b>7. Demokraten stellen Überlegungen zu einem <i>Green New Deal</i> vor</b>	<b>17</b>
<b>8. <i>Senate Select Committee on Intelligence</i> führt öffentliche Anhörung zu aktuellen Bedrohungslagen für die USA durch</b>	<b>20</b>
<b>9. Senat macht Vorschläge zur Beendigung der Kriege im Irak und in Afghanistan</b>	<b>22</b>
<b>10. Statistische Durchsetzungsrate Präsident Trumps im Kongress auch in seinem zweiten Amtsjahr hoch</b>	<b>25</b>



## 1. Sonderstaatsanwalt Mueller legt Abschlussbericht vor

Attorney General William „Bill“ Barr hat am 22. März 2019 den Kongress unterrichtet, dass Special Counsel Robert Mueller den Abschlussbericht zur Untersuchung der Einmischung der russischen Regierung in den Präsidentschaftswahlkampf 2016 und möglicher Verstrickungen von Präsident Trumps Wahlkampfteam vorgelegt hat.

Der Justizminister hat den Mueller-Bericht bisher allerdings weder dem Kongress noch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Stattdessen hat er am 24. März in einem vierseitigen Brief an die führenden Mitglieder der Justizausschüsse des Repräsentantenhauses und des Senats seine „Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung“ dargelegt (einzusehen unter: <https://www.lawfareblog.com/document-attorney-general-barr-letter-mueller-report>).

Zunächst hob Bill Barr hervor, dass das Mueller-Team mit 19 Staatsanwälten und 40 FBI-Agenten sowie weiteren Spezialisten und Mitarbeitern

- insgesamt 2.800 strafbewehrte Vorladungen (*Subpoenas*) überstellt;
- knapp 500 Durchsuchungen durchgeführt;
- in etwa 230 Fällen Unterlagen über Telekommunikationsverbindungen angefordert;
- fast 50 Abhör-Genehmigungen erwirkt und
- ungefähr 500 Zeugen vernommen hat.

Zudem strich Barr heraus, dass keine weiteren Anklageerhebungen durch Muellers Team, zusätzlich zu den bereits laufenden oder abgeschlossenen Verfahren, zu erwarten sind.

Mit Blick auf die Zusammenfassung der Ergebnisse der Ermittlungen von Muellers Team konzentrierte sich der Justizminister auf zwei Kernfragen, die kriminelle Kooperation der Trump Kampagne (*Conspiracy*) mit Russland im amerikanischen Wahlkampf und die Behinderung der Justizermittlungen (*Obstruction of Justice*).

Nach der Darstellung von Barr hat Sonderstaatsanwalt Mueller keine hinreichenden Beweise dafür gefunden, dass „Trump's Wahlkampfteam oder irgendeine Person in deren Umfeld in eine kriminelle Verschwörung“ verwickelt war. Mueller, so Barr, hat dabei kriminelle „Verschwörung“ und „Koordination“ als „Übereinkunft – stillschweigend oder offen – zwischen der Trump Kampagne und den Wahleingriffen der russischen Regierung“ definiert.

Justizminister Barr hat darüber hinaus festgestellt, dass der *Special Counsel* in der Frage der Behinderung der Justiz zu keinem eindeutigen Schluss gekommen ist. Nach der Einschätzung Barrs hat Muellers „Bericht nicht festgestellt, dass der Präsident ein kriminelles Vergehen begangen hat, er hat ihn aber auch nicht für unschuldig befunden“ (*Exonerate*).

Der Justizminister selbst, in Rücksprache mit *Deputy Attorney General* Rod Rosenstein, hat auf der Basis des Abschlussberichts entschieden, dass es keine „hinreichenden Beweise“ (*Sufficient Evidence*) für eine Anklage gegen Präsident Trump wegen Behinderung der Ermittlungen des FBI und des Mueller-Teams gibt.

Ungeachtet der überraschend nuancierten und eng rechtlich gehaltenen Formulierungen des Justizministers reklamierte der Präsident, dass der Bericht ein Beweis seiner totalen Unschuld und eine vollständige Ehrenerklärung („total exoneration, total vindication“) für ihn sei. Obwohl Trump den Abschlussbericht Muellers selbst noch nicht gesehen hatte, lobte er ihn überschwänglich als Schlusspunkt der „politischen Hexenjagd“ gegen ihn. Die Rhetorik Präsident Trumps und seiner republikanischen Unterstützer zielt vor allem darauf ab, aus der Nicht-Anklageerhebung wegen krimineller Verschwörung, unter dem hohen Standard des Beweises ohne begründete Zweifel, einen generellen Freispruch abzuleiten.

Vor allem die Demokraten im Kongress sehen die Ausführungen des Justizministers in einem ganz anderen Licht. Ihnen fehlt das Vertrauen in den erst kürzlich ernannten Minister, der sich im Vorfeld seiner Nominierung mit Theorien empfohlen hatte, die dem Präsidenten weitgehende Befugnisse in der Anordnung und Einstellung von Untersuchungen sowie bei der Entlassung von Mitgliedern der Administration einräumen. Zudem wehren sich die Demokraten gegen die juristische Engführung der Zusammenfassung der Ergebnisse und Befunde. Sie bestehen darauf, dass auch politische, ethische, finanzielle, geheimdienstliche und konstitutionelle Aspekte offen zur Sprache kommen und untersucht werden.

In der ersten Sitzung des Geheimdienstausschusses des Repräsentantenhauses nach der Veröffentlichung des Barr-Briefes haben die republikanischen Mitglieder den Rücktritt des Vorsitzenden, Adam Schiff (D-California), gefordert, weil er Falschinformationen über die Verwicklungen von Trumps Team in die russischen Eingriffe verbreitet habe. Dagegen erklärte Schiff, dass er und seine Kollegen sich nicht davon abbringen lassen würden, alle Aspekte der Russland-Affäre aufzuklären.

Die *New York Times* und *Washington Post* haben unter Berufung auf Quellen im Justizministerium vermeldet, dass in Muellers Team erhebliche Einwände gegen Barrs Zusammenfassung bestehen. Nähere Angaben zur Natur dieser Einwände und den inhaltlichen Bezugspunkten gibt es bisher allerdings nicht.

Vor diesem Hintergrund fordern die Demokraten unter Führung von *Madame Speaker* Nancy Pelosi (D-California) eine schnelle Weiterleitung des vollen Abschlussberichts

an den Kongress sowie Einsicht in die Ermittlungsakten und beschlagnahmte Dokumente. Darüber hinaus soll der Bericht ohne allzu große Kürzungen oder Schwärzungen auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Justizminister Barr hat eine Veröffentlichung des Berichts bis Mitte April versprochen. Er will jedoch die Bekanntgabe von Informationen in vier Bereichen einschränken auf:

- geheimdienstliche Quellen und Methoden;
- Protokolle der Sitzungen von Geschworenenkammern zur Einleitung von Verfahren (*Grand Jury*);
- Ermittlungsergebnisse, die laufende Verfahren tangieren sowie
- Schutz von Personen, die nur am Rande von den Ermittlungen betroffen waren.

Die Demokraten wenden ein, dass der Kongress, oder zumindest die Führungsspitzen und die zuständigen Ausschüsse, die Berechtigung haben, geheime Unterlagen einzusehen.

Mit Blick auf eine breite Öffentlichkeit können Barrs Einschränkungen sehr plausibel erscheinen. Sie räumen ihm aber auch in weiten Teilen einen enormen Ermessensspielraum ein, der in starkem Gegensatz zu dem öffentlichen Interesse an Informationen steht. Unter dem Deckmantel der nationalen Sicherheit könnte den Wählern und dem Kongress relevantes Wissen vorenthalten werden.

Obwohl das Ende der Ermittlungen ein wichtiger Meilenstein ist, bleibt anzumerken, dass eine Reihe von Verfahren, wie jene gegen Paul Manafort und Roger Stone, noch nicht abgeschlossen sind. Weitere Ermittlungen hat der *Special Counsel* an andere Staatsanwälte in den Bundesbezirken von Süd-New York und Washington, D.C. überstellt, weil sie nicht sein unmittelbares Mandat betrafen, sondern sich auf Präsident Trumps Geschäftsgebaren und Finanzen beziehen. In diesem Zusammenhang sind mittlerweile auch der *Attorney General* und eine Reihe von Staatsanwälten von New York aktiv geworden.

Noch wichtiger scheint, dass sich nun die Demokraten und die Kongressausschüsse nicht mehr in Zurückhaltung gegenüber dem Mueller-Team üben müssen. Damit verlagern sich die Untersuchungen von rechtlichen Ermittlungen, die durch einen hohen Grad von Geheimhaltung geprägt sind, hin zu Ausschussanhörungen und -berichten, die deutlich mehr Öffentlichkeit erlauben.

Zum Beispiel hat der Vorsitzende des *House Judiciary Committee*, Jerry Nadler (D-New York) bereits umfangreiche Dokumente von mehr als 80 Personen und Organisationen aus dem Umkreis Präsident Trumps angefordert. Der Vorsitzende des *House Ways and*

*Means Committee*, Richard Neal (D-Massachusetts), hat den Leiter des *Internal Revenue Service* (IRS), Chuck Rettig, aufgefordert, dem Ausschuss Trumps Steuerunterlagen zu überstellen. Weitere Ausschüsse wie das *House Permanent Select Committee on Intelligence* haben ebenfalls mit der Vorbereitung ihrer Untersuchungen begonnen.

Anfang März hat *Madame Speaker* Nancy Pelosi (D-California) zwar ihre Fraktion ermahnt, mehr Disziplin zu zeigen. Insbesondere wollte sie den *Impeachment*-Enthusiasmus des linken Flügels dämpfen, weil, wie sie betonte, ohne überzeugende Gründe und Argumente die für ein Amtsenthebungsverfahren notwendige Zustimmung zumindest von Teilen der republikanischen Partei nicht zu gewinnen sei. Eine rein parteipolitische Anklageerhebung durch das Repräsentantenhaus würde „das Land spalten“, so *Speaker* Pelosi, und dies sei ihr „Trump nicht wert“.

Dieser strategische Schachzug soll dafür sorgen, dass der parteipolitische Streit um eine Amtsenthebung die politische Sacharbeit der neuen demokratischen Mehrheit nicht ganz in den Schatten stellt, und zugleich Freiräume für die Untersuchungen der Ausschüsse schaffen. Allerdings bleibt zu erwarten, dass die Intensität der Auseinandersetzungen zwischen Präsident und Kongress wie zwischen Republikanern und Demokraten im Vorfeld der Wahlen 2020 noch deutlich zunehmen wird.

## **2. Haushaltskompromiss beendet Teilschließung von Bundesbehörden**

Ein von *Senate Majority Leader* Mitch McConnell (R-Kentucky) und *Minority Leader* Chuck Schumer (D-New York) ausgehandelter Kompromiss hat am 25. Januar 2019 die mit 35 Tagen längste Schließung von Bundesbehörden in der Geschichte der USA beendet.

Der Kompromiss sah zunächst eine dreiwöchige Finanzierung der betroffenen Behörden vor, die den Parteien eine Frist für die Aushandlung einer endgültigen Lösung des Streits um den Teilhaushalt einräumen sollte. Die Vorlage wurde im Repräsentantenhaus wie im Senat in nicht-namentlicher Abstimmung angenommen und von Präsident Trump unterzeichnet.

Am 14. Februar 2019 verabschiedeten Senat und Repräsentantenhaus dann Finanzbewilligungen in Höhe von 333 Mrd. USD und beendeten damit zumindest für das laufende Haushaltsjahr das politische Tauziehen, das die Bundesbehörden gewissermaßen als „Geisel“ benutzte.

Der Senat nahm die Vorlage mit 83:13 Stimmen an, das Repräsentantenhaus mit 300:128 Stimmen. Die großen überparteilichen Mehrheiten machten deutlich, dass beide Seiten kein Interesse mehr an einer Fortführung des Konflikts hatten. Präsident Trump unterzeichnete die Gesetzesvorlage am Folgetag.



Auslöser und Kernpunkt der Auseinandersetzungen war die Forderung Präsident Trumps gewesen, die Finanzmittel für die Grenzsicherung von 1,4 auf 5,7 Mrd. aufzustocken (vgl. Congress Report, Jahrgang 33, 2018, Heft 11-12, S. 1 ff.). Dies sollte den weiteren Ausbau von Grenzsicherungsanlagen forcieren, die Trump im Wahlkampf immer wieder versprochen hatte.

Der Versuch der Republikaner, wenigstens die Zustimmung des Senats für die Forderung des Präsidenten zu gewinnen, scheiterte mit 52 gegen 47 Stimmen. Für die Annahme der Vorlage gegen ein *Filibuster* der Demokraten waren 60 Ja-Stimmen erforderlich. Nur ein demokratischer Senator, Joe Manchin (West Virginia), schloss sich der republikanischen Mehrheit an. Zwei Republikaner, Tom Cotton (Arkansas) und Mike Lee (Utah) verweigerten ihrer Fraktion die Gefolgschaft, weil die Vorlage Teilzugeständnisse an die Demokraten in der Frage der vorübergehenden Duldung junger Migranten (*Dreamer*) beinhaltete.

Eine Gegenvorlage der Demokraten verfehlte mit 52 gegen 44 Stimmen ebenfalls die 60 Stimmen-Hürde. Sechs Republikaner schlossen sich der Minderheit an und gaben ein deutliches Signal, dass die Unterstützung für den Präsidenten zu bröckeln begann.

Mitunter hatten die Auseinandersetzungen recht ungewöhnliche Formen angenommen. *Speaker* Nancy Pelosi (D-California) zog beispielsweise die Einladung des Präsidenten für die *State of the Union*-Ansprache zurück und stellte einen Zeitpunkt *nach* der Beilegung des Streits in Aussicht. Im Gegenzug sagte der Präsident den Truppenbesuch einer Delegation in Afghanistan ab, an dem Pelosi ihre Teilnahme geplant hatte.

Zur Konfliktlösung trug letztlich der wachsende öffentliche Unmut über das politische Debakel in Washington bei. Tägliche Berichte über zahllose Bundesbedienstete und unabhängige Vertragspartner in existenzieller Finanznot und einschneidende Probleme wie die drohenden Einschränkungen im Flugverkehr zwangen auch den Präsidenten, der in den Umfragen als Hauptverantwortlicher ausgemacht wurde, zum Einlenken.

Für den Präsidenten war der ausgehandelte Kompromiss eine klare politische Niederlage, weil er keinerlei zusätzliche Finanzmittel für die Grenzsicherung vorsah. Trump stand damit als „der Verlierer“ des politischen Kräftemessens da.

Vor diesem Hintergrund reagierte Trump mit einer hoch kontroversen Verhängung eines nationalen Notstands (*National Emergency*) an der Südgrenze der USA, um unter Umgehung des Kongress seinen Wählern Handlungsfähigkeit zu demonstrieren (siehe dazu Punkt 3).

### **3. Präsident Trump ruft nationalen Notstand an der Südgrenze der USA aus**

Präsident Donald Trump hat am 15. Februar 2019 einen nationalen Notstand mit Bezug auf die an der Südgrenze der USA wachsende Zahl von Migranten und die hierdurch



drohenden Probleme erklärt (siehe dazu: [www.whitehouse.gov/presidential-actions/presidential-proclamation-declaring-national-emergency-concerning-southern-border-untied-states/](http://www.whitehouse.gov/presidential-actions/presidential-proclamation-declaring-national-emergency-concerning-southern-border-untied-states/)).

Die Notstandserklärung weist die Minister für Verteidigung (*Defense*), Heimatschutz (*Homeland Security*) und Bundesländereien und Natürliche Ressourcen (*Interior*) an, im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten zusätzliches Personal und Ressourcen, einschließlich Finanzmittel, bereitzustellen. Nach dem Rücktritt von DHS Secretary Kirsten Nielsen am 7. April 2019 werden alle drei Ministerien durch Interims-Besetzungen (*Acting Secretaries*) geleitet.

Präsident Trump reklamierte die Befugnis einen nationalen Notstand auszurufen, mit einem Verweis auf eine Reihe von nicht näher spezifizierten Gesetzen und seine Funktion als „Oberkommandeur der Streitkräfte“ (*Commander-in-Chief*). Als zentralen Referenzpunkt hat der Präsident jedoch den *National Emergencies Act* (NEA) von 1976 (*Public Law 94-412*) benannt.

Der NEA räumt dem Präsidenten in der Tat breit definierte Notstandsbefugnisse ein. Der Kongress kann unter bestimmten Bedingungen durch gemeinsame Resolutionen beider Kammern solche Befugnisse zurückweisen (siehe unten). Die intendierte Funktion des Gesetzes war es, dem Präsidenten in Ausnahmesituationen die notwendigen Mittel und Instrumente zur Verfügung zu stellen, um schnell und flexibel reagieren zu können.

Die Erklärung von nationalen Notständen ist in der jüngeren Geschichte der USA keine Seltenheit. Allein seit 1977 wurden 59 *National Emergencies* ausgerufen. George W. Bush beispielsweise erklärte nach den Anschlägen des 11. September 2001 den nationalen Notstand. Zumeist geschah dies jedoch auf Grund weit weniger dramatischer Umstände. Barack Obama beanspruchte Notstandsbefugnisse zur Bekämpfung der Ebola-Epidemie, ersuchte allerdings zugleich den Kongress um die Bewilligung von Sondermitteln zur Finanzierung der Maßnahmen.

Strittig ist nicht, dass ein amerikanischer Präsident den Notstand ausrufen kann, viel wichtiger ist, welche Befugnisse ihm daraus erwachsen. Im konkreten Fall ist der Hauptstreitpunkt, ob Präsident Trump vom Kongress für bestimmte Zwecke bewilligte Mittel zur Finanzierung von Grenzsicherungsmaßnahmen wie dem Bau von Grenzbarrieren umwidmen kann.

Kritiker des Präsidenten aus beiden Parteien sehen in der Umwidmung von Geldmitteln für nicht bewilligte Zwecke einen eklatanten Verfassungsbruch. Sie verweisen darauf, dass Artikel I, Absatz 9 der amerikanischen Verfassung nicht durch den Kongress autorisierte Ausgaben explizit verbietet. Zusammen mit dem Besteuerungsrecht unter Artikel I, Absatz 8 gilt dies als *Power of the Purse*, die wichtigste Prerogative der Legislative.

Hinzu kommt, dass der Kongress kurz zuvor seinen Willen in der Frage der Finanzierung der Grenzsicherung in gesetzlich verbindlicher Form kundgetan hatte. Senat und Repräsentantenhaus haben dann auch ihre Ablehnung von Präsident Trumps Vorgehensweise bekräftigt.

Der Senat lehnte Mitte März 2019 die Notstandserklärung mit 59:41 Stimmen ab. 12 Republikaner schlossen sich den Demokraten an. Das Repräsentantenhaus folgte knapp zwei Wochen später mit 248:181 Stimmen. Allerdings schlossen sich nur 14 Republikaner der demokratischen Mehrheit an.

Insbesondere das Votum des Senats verdeutlicht, dass in beiden Parteien starke Vorbehalte gegen den unverhohlenen Griff des Präsidenten nach unilateralen Entscheidungsbefugnissen bestehen. Auch viele Republikaner befürchten, dass Trumps Manöver als Präzedenzfall für eine Fortsetzung der Machtausweitung der Exekutive dienen wird.

Im Fall eines solch grundsätzlichen Konflikts zwischen Kongress und Präsident führt der Weg zu einer Entscheidung in aller Regel über die Bundesgerichte bis hin zum *Supreme Court*.

Tatsächlich begannen gesellschaftliche Gruppen wie Vertreter staatlicher Institutionen auf verschiedenen Ebenen sehr schnell Klagen einzureichen. Eine Koalition aus 16 Einzelstaaten unter der Führung von Kaliforniens Attorney General Xavier Becerra hat am 16. Februar Klage beim U.S. District Court for Northern California eingereicht. Ihr Kernargument lautet: Die Umschichtung von Mitteln durch die Exekutive sei eine fundamentale Verletzung des Prinzips der Gewaltenteilung, zum Nachteil der von den Kürzungen betroffenen Staaten.

Neben anderen folgte das Repräsentantenhaus unter Führung von Speaker Nancy Pelosi (D-California) mit einer Klage vor dem U.S. District Court for the District of Columbia und einer auf dem gleichen Prinzip aufbauenden Argumentation:

„The House has been injured, and will continue to be injured, by defendants' unconstitutional actions, which usurp the House's appropriations authority and mean that the relevant funds are no longer available to be spent on the purposes for which they were appropriated.” (einzusehen unter: [www.politico.com/f/?id=00000169-f04d-d015-a36d-f35f2b440000](http://www.politico.com/f/?id=00000169-f04d-d015-a36d-f35f2b440000))

Die Bundesgerichte und der *Supreme Court* folgen in Konflikten zwischen Exekutive und Legislative bisher meistens der Maxime der Zurückhaltung. Die Streitfälle sollen möglichst zwischen den betroffenen Gewalten selbst, mit den von der Verfassung gegebenen Mitteln, geklärt werden.

Eine schlussendliche Entscheidung des Obersten Gerichtshofs dürfte auf jeden Fall eine fundamentale und richtungsweisende Bedeutung für das US-amerikanische System der *Checks and Balances* haben.

#### **4. Senat und Repräsentantenhaus verlangen Ende der Beteiligung der USA am Krieg im Jemen**

Der Senat hat am 13. März 2019 in einer Joint Resolution das Ende der Beteiligung der USA am Krieg gegen die Huthi-Rebellen in der Republik Jemen verlangt. Die Entscheidung fiel mit 54:46 Stimmen.

Für die Resolution sprachen sich neben 45 Demokraten und zwei Parteilosen („Independents“) auch sieben Republikaner der Partei Präsident Trumps aus. Dies waren die republikanischen Senatorinnen Susan Collins (Maine) und Lisa Murkowski (Alaska) sowie ihre Fraktionskollegen Steven David „Steve“ Daines (Montana), Michael Shumway „Mike“ Lee (Utah), Jerry Moran (Kansas), Rand Paul (Kentucky) und Todd Christopher Young (Indiana).

Gegen die Resolution stimmten 46 Mitglieder der republikanischen Mehrheitsfraktion unter Führung von Majority Leader Mitch McConnell (R-Kentucky), der das Senatsvotum als „unangemessen und kontraproduktiv“ kritisierte. Die Partei Präsident Trumps verfügt nach den Zwischenwahlen 2018 (vgl. Congress Report, Jahrgang 33, 2018, Heft 11-12, S. 14-17) in der 116. Sitzungsperiode des Kongresses im Senat über eine Mehrheit mit 53 Sitzen (gegenüber 47 der Opposition, bestehend aus 45 Demokraten und zwei parteilosen Senatoren).

Die Senatsentscheidung steht im Zusammenhang mit der Verwicklung des saudischen Kronprinzen und de facto obersten Entscheidungsträgers des Landes, Mohammed bin Salman, in die Ermordung des saudischen Regierungskritikers Jamal Khashoggi im Konsulat seines Landes in Istanbul Anfang Oktober 2018. (Vgl. Congress Report, Jahrgang 33, 2018, Heft 11-12, S. 2-5, einzusehen unter [https://www.sowi.uni-kl.de/fileadmin/powi/pdfs/cr\\_2018/Congress\\_Report\\_11\\_12\\_2018\\_Endfassung\\_Web.pdf](https://www.sowi.uni-kl.de/fileadmin/powi/pdfs/cr_2018/Congress_Report_11_12_2018_Endfassung_Web.pdf)).

Während Präsident Trump keinen Handlungsbedarf für die amerikanische Politik gegenüber Saudi-Arabien sieht, drängen die Kritiker im Kapitol auf eine lückenlose Aufklärung und verlangen Konsequenzen, zumal der amerikanische Geheimdienst CIA die Verwicklung von Prinz Mohammed in die Mordtat zu stützen scheint.

Die Resolution des Senats (Senate Joint Resolution 7), die zweite dieser Art innerhalb von drei Monaten (siehe Congress Report, Jahrgang 33, 2018, Heft 11-12, S. 4), verlangt den Rückzug („direct removal“) der amerikanischen Streitkräfte aus den Kampfhandlungen („hostilities“) in der Republik Jemen binnen 30 Tagen.

Im Einzelnen unterstreicht die Resolution unter anderem, dass

- das Recht zur Kriegserklärung nach Artikel I, Absatz 8 der amerikanischen Verfassung beim Kongress liegt;

- der Kongress keine Kriegserklärung oder spezifische Ermächtigung („specific statutory authorization“) für die Beteiligung der USA am Krieg zwischen Saudi-Arabien und einer Koalition aus Streitkräften der Arabischen Emirate, Bahraïns, Kuwaits, Ägyptens, Jordaniens, Marokkos, des Senegal und des Sudan gegen die Huthi-Rebellen, auch „Ansar Allah“ genannt, in der Republik Jemen erteilt hat;
- die USA mit ihren Streitkräften gleichwohl die Koalition Saudi-Arabiens im Krieg gegen die Huthi im Jemen seit März 2015 bei der Zielauswahl von Luftschlägen, der nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit und der Luftbetankung von Kampfflugzeugen unterstützen;
- in diesem Zusammenhang eine *Joint Combined Planning Cell* mit den saudischen Streitkräften eingerichtet wurde.

Der Text der Senate Joint Resolution 7 kann eingesehen werden unter:<https://www.congress.gov/bill/116th-congress/senate-joint-resolution/7/text>.

In seiner Entscheidung bezieht sich der Senat ausdrücklich auf das Kriegsvollmachten-gesetz („War Powers Resolution“, *Public Law 93-148*) vom 7. November 1973, in dem der Kongress sein verfassungsmäßiges Recht der Kriegserklärung unterstrichen hatte. Dort heißt es in Abschnitt 5c, dass Streitkräfte der Vereinigten Staaten vom Präsidenten aus Kampfhandlungen „ohne Kriegserklärung oder gesetzliche Ermächtigung“ zurück-zuziehen sind, wenn der Kongress dies so verfügt.

Der *Congressional Research Service*, der wissenschaftliche Dienst des Kongresses, hat in diesem Zusammenhang am 8. März 2019 eine aktualisierte Studie (R42699) zum Thema: „The War Powers Resolution. Concepts and Practice“ vorgelegt. Sie wurde von Matthew C. Weed verfasst, umfasst 100 Seiten und kann unter <https://fas.org/sgp/crs/natsec/R42699.pdf> eingesehen werden.

Die Senatsresolution bezieht sich unter anderem auf Abschnitt 8c der „War Powers Re-solution“, wo der Einsatz von Streitkräften der Vereinigten Staaten mit Blick auf die verfassungsmäßigen Kriegsvollmachten des Kongresses folgendermaßen definiert wird: „The assignment of such armed forces to command, coordinate, participate in the movement of, or accompany the regular or irregular forces of any foreign country or government when such military forces are engaged, or there exists an imminent threat that such forces will become engaged in hostilities“.

Der Senat unterstreicht nun, dass

- die Unterstützung der von Saudi-Arabien geführten Kriegscoalition im Wege der Luftbetankung und Zielauswahl durch die USA der Definition von Kampfhandlungen („hostilities“) nach dem Kriegsvollmachtengesetz entspricht.

Mit Blick auf die „War Powers Resolution“, den „Department of State Authorization Act“ von 1984 und 1985 (50 U.S.C. 1546a) und den „International Security and Arms Control Act“ des Jahres 1976 (*Public Law* 94-329; 90 Stat. 765) führt der Senat in seiner Resolution aus:

- „*No specific statutory authorization for the use of United States Armed Forces with respect to the conflict between the Saudi-led coalition and the Houthis in Yemen has been enacted, and no provision of law explicitly authorizes the provision of targeting assistance or of midair refueling services to warplanes of Saudi Arabia or the United Arab Emirates that are engaged in such conflict.*“ (Hervorhebung durch die Redaktion)

Senator Bernhard „Bernie“ Sanders (I-Vermont), der die *Senate Joint Resolution 7* initiierte, begründete seinen Vorstoß damit, dass die USA „keinen katastrophalen Krieg, geführt von einem despotischen Regime mit einer gefährlichen und unverantwortlichen Außenpolitik“ unterstützen sollten. Der Senator machte darüber hinaus noch auf ein anderes Motiv für die Resolution aufmerksam. Der „amerikanische Kongress“, so Sanders, müsse „seine verfassungsmäßige Verantwortung“ in Fragen von Krieg und Frieden zurückgewinnen, die er zu lange an demokratische und republikanische Präsidenten abgetreten habe.

Tatsächlich sind die amerikanischen Streitkräfte in Kampfhandlungen in Afghanistan, dem Irak, in Syrien, dem Jemen, in Somalia, in Libyen und im Niger verwickelt, ohne dass der Kongress im Einzelfall von seinem Recht zur Kriegserklärung Gebrauch gemacht hätte. Vielmehr haben amerikanische Präsidenten von George W. Bush, über Barack Obama bis hin zu Donald Trump militärische Interventionen der USA aus der „Authorization for Use of Military Force“ (AUMF, *Public Law* 107-40) abgeleitet, einem Ermächtigungsgesetz, das der Kongress kurz nach dem 11. September 2001 zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus verabschiedet hatte (vgl. Congress Report, Jahrgang 16, 2001, Heft 10, S. 1).

Im Kongress gibt es in diesem Zusammenhang eine wachsende Zahl von Stimmen, die auf ein neues Ermächtigungsgesetz für den Kampf gegen den internationalen Terrorismus drängen mit dem Ziel, die verfassungsmäßige Rolle der Legislative bei der Kriegsermächtigung zu betonen und der Überwachung des Einsatzes der Streitkräfte in Kampfhandlungen besser kontrollieren zu können (vgl. dazu auch Punkt 9).

Vor dem Senat hatte bereits das Repräsentantenhaus am 4. Februar 2019 eine Resolution zur Beendigung der amerikanischen Beteiligung am Krieg im Jemen verabschiedet. Für die Entscheidung (*House Resolution* 274) stimmten 230 Mitglieder der demokratischen Mehrheitsfraktion. Dagegen sprachen sich 188 Republikaner aus. 13 Abgeordnete (vier Demokraten und neun Republikaner) blieben der Abstimmung fern.

Während der frühere republikanische *Speaker* Paul D. Ryan (R-Wisconsin) sich im Dezember 2018 noch geweigert hatte, ein Votum zur Beteiligung der USA am Jemen-Krieg



zuzulassen, unterstützte seine Nachfolgerin, die Demokratin Nancy Pelosi (D-California), in ihrer Funktion als Madam Speaker nun eine Abstimmung im Repräsentantenhaus (vgl. dazu auch Congress Report, Jahrgang 33, 2018, Heft 11-12, S. 11-14 und 18).

Präsident Trump hat sein Veto angekündigt, das nach Artikel I, Abschnitt 7 der amerikanischen Verfassung nur mit Zweidrittel-Mehrheiten in beiden Kammern überstimmt werden kann.

Gleichwohl haben die Abstimmungen im Senat und im Repräsentantenhaus eine politisch große Bedeutung. „We don’t often have great votes about great questions around here about separation of powers“, so der Republikaner Rand Paul (Kentucky), der für das Senatsvotum zum Jemen stimmte. „I don’t think you can overstate how important it is“, so der republikanische Senator weiter, „that for the first time in the history of the country, the full Congress voted to tell the President that we can’t be at war“.

Demgegenüber berichtete sein Fraktionskollege Lindsey Graham (R-South Carolina) von einem Gespräch mit Präsident Donald Trump kurz nach der Entscheidung des Senats. Danach, so Graham, der ein enger politischer Verbündeter Trumps ist, werde der „Commander-in-Chief“ alle Möglichkeiten ausschöpfen, damit die amerikanischen Streitkräfte Saudi-Arabien auch weiterhin im Krieg gegen die Huthi im Jemen unterstützen können.

Im Jemen-Krieg sind seit Beginn der Kampfhandlungen im März 2015 etwa 18.000 Zivilisten ums Leben gekommen. Gleichzeitig sind nach Angaben der Vereinten Nationen (UNHCR) etwa 10 Millionen Menschen von einer humanitären Katastrophe durch Hunger und Seuchen bedroht.

## **5. Repräsentantenhaus spricht sich mit großer Mehrheit gegen Rückzug aus der NATO aus**

Das demokratisch geführte Repräsentantenhaus hat sich am 23. Januar 2019 mit deutlicher zwischenparteilicher Mehrheit gegen mögliche Pläne Präsident Donald Trumps, aus der NATO auszutreten, gestellt.

Für die vom Abgeordneten Jimmy Panetta (D-California) eingebrachte House Resolution 676 mit dem Titel „NATO Support Act“ stimmten 208 Abgeordnete der demokratischen Mehrheitsfraktion und 149 Republikaner, während die Gegenstimmen allein von 22 Abgeordneten der republikanischen Minderheitsfraktion kamen. 54 Abgeordnete blieben der Abstimmung fern. Der Text der Resolution kann eingesehen werden unter: <https://www.congress.gov/bill/116th-congress/house-bill/676/text>.

Ziel der Resolution ist es, die politische Unterstützung des Repräsentantenhauses für die Nordatlantische Allianz zu bekräftigen und finanzielle Mittel für einen Rückzug aus der

NATO durch den Präsidenten zu untersagen („Prohibition on the Use of Funds to Withdraw from NATO“). In der US-amerikanischen Verfassung von 1787 steht dem Kongress das alleinige Haushaltsrecht (*Power of the Purse*, Artikel 1, 9) zu (siehe dazu auch die Punkte 2 und 3).

Das Repräsentantenhaus unterstreicht im „NATO Support Act“ außerdem

- die Rolle der Nordatlantischen Allianz als zentralen Baustein für die Weltordnungspolitik der USA („pillar of international peace and stability, a critical component of United States security, and a deterrent against adversaries and external threats“);
- die Vertragspflicht der USA im Rahmen von Artikel 5 des Nordatlantikvertrages („the United States is solemnly committed to the North Atlantic Treaty Organization’s principle of collective defense as enumerated in Article 5 of the North Atlantic Treaty“);
- die Verpflichtung der Mitgliedsstaaten zur 2-Prozent Vorgabe der Wales-Vereinbarung vom Juli 2014 für die nationalen Verteidigungsausgaben;
- die Ablehnung präsidientlicher Maßnahmen, die zu einem indirekten Austritt aus der NATO führen könnten („to reject any efforts to withdraw the United States from NATO, or to indirectly withdraw from NATO by condemning or reducing contributions to NATO structures, activities, or operations, in a manner that creates a de facto withdrawal“);
- die Ungültigkeit der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes im Fall *Goldwater v. Carter* 444 U.S. 996 aus dem Jahre 1979 hinsichtlich einer Aufkündigung des Nordatlantikvertrages.

Damit bekräftigt der Kongress erneut seine Vertragsverpflichtungen im Rahmen des Washingtoner Vertrages von 1949 (siehe dazu Congress Report, Jahrgang 33, 2018, Heft 5-8, S. 4 ff.; Congress Report, Jahrgang 32, 2017, Heft 5-8, S. 14 f.).

Spannend ist aus verfassungsrechtlicher Perspektive der Verweis auf *Goldwater v. Carter* (siehe dazu <https://supreme.justia.com/cases/federal/us/444/996/>). Im Jahr 1979 hatte der *Supreme Court* die Klage einiger Senatoren um Barry Goldwater (R-Arizona) gegen Präsident Jimmy Carters unilateralem Ausstieg aus einem Verteidigungsbündnis mit Taiwan abgewiesen. Die Frage nach der verfassungsrechtlichen Kompetenz des Präsidenten bei einer einseitigen Aufkündigung völkerrechtlicher Verträge und die Rolle des Senates dabei (dem nach Artikel 2, 2 der US-Verfassung das alleinige Recht zur Ratifikation völkerrechtlicher Verträge zukommt), wurde dabei jedoch offen gelassen.

Dass das Repräsentantenhaus jetzt explizit die Anwendung der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes im Rahmen des Nordatlantikvertrages für nicht bindend oder nichtig



erklärt, soll sicherstellen, dass *erstens* der Rechtsweg gegen den Präsidenten für Mitglieder des Kongresses vor Bundesgerichten möglich ist, und *zweitens* ein einseitig von Trump verfügter Austritt aus der NATO gegen den Willen des Kongresses gesetzeswidrig wäre. Dazu müssten sich allerdings beide Kammern noch auf eine gemeinsame Gesetzesentscheidung einigen, die zudem eine sogenannte „veto-proof majority“ (Zweidrittelmehrheit) haben müsste.

Einen analogen Gesetzesvorstoß zum Repräsentantenhaus haben am 17. Januar 2019 im Senat Tim Kaine (D-Virginia), Jack Reed (D-Rhode Island), Lindsey Graham (R-South Carolina), Cory Gardner (R-Colorado), Marco Rubio (R-Florida), Chris Coons (D-Delaware) und Richard Blumenthal (D-Connecticut) eingebracht (*Senate Joint Resolution 4*). Er kann eingesehen werden unter:<https://www.congress.gov/bill/116th-congress/senate-joint-resolution/4/text>.

Den Gesetzesvorstößen im Kongress war der Rücktritt von Verteidigungsminister James N. Mattis im Dezember 2019 im Zuge der überraschenden Ankündigung Trumps über den Abzug der amerikanischen Streitkräfte aus Syrien vorausgegangen (siehe dazu auch Congress Report, Jahrgang 33, 2018, Heft 11-12, S. 8-9.). Außerdem erregte ein Artikel in der *New York Times* vom 14. Januar 2019 die öffentliche Aufmerksamkeit, demzufolge Präsident Trump im Sommer 2018 mehrmals gegenüber Mitarbeitern und Vertrauten im Weißen Haus den Austritt der USA aus der NATO ins Spiel gebracht hatte.

Eine breite Mehrheit der amerikanischen Öffentlichkeit weist laut einer aktuellen *Gallup*-Umfrage vom 4. März 2019 der NATO weiterhin eine zentrale Rolle für die Weltordnungspolitik der USA zu. Demnach unterstützen 77 Prozent der befragten Amerikanerinnen und Amerikaner die NATO. Unter republikanischen Parteianhängern ist die Unterstützung der NATO mit 70 Prozent dabei weniger stark ausgeprägt als unter Demokraten (88 Prozent). Die *Gallup*-Umfrage ist einzusehen unter: <https://news.gallup.com/poll/247190/majorities-americans-need-nato.aspx>.

Im Rahmen der Münchener Sicherheitskonferenz zwischen dem 15. und 17. Februar 2019 war eine von Senator Lindsey Graham (R-South Carolina) angeführte 17-köpfige Delegation des Senats – unter anderem auch mit Robert Menendez (D-New Jersey), *Ranking Minority Member* im *Senate Foreign Relations Committee* – angereist.

Zugleich leitete *Madame Speaker* Nancy Pelosi (D-California) eine Delegation aus Kongressabgeordneten im Rahmen einer Europareise, die neben der Sicherheitskonferenz in München auch das NATO-Hauptquartier, die parlamentarische Versammlung der NATO und die Europäische Kommission in Brüssel besuchten. „I think our message is a very clear one – when 10 percent of the Congress comes to Europe for the Munich Security Conference as well as continuing on here with even more additional members present“, so Pelosi im Rahmen der Europareise mit Blick auf die NATO und Präsident Trump, der seit Amtsbeginn immer wieder das Bündnis als „obsolet“ bezeichnet und die geringen Verteidigungsausgaben der europäischen Verbündeten, allen voran Deutschlands, scharf kritisiert hatte.

Pelosi strich zudem die verfassungsrechtliche Rolle des Kongresses im Zusammenhang mit dem *NATO Support Act* heraus: „We’re not a parliamentary government: we have Article 1, the legislative branch, the first branch of government, co-equal to other branches, and we have asserted ourselves in that way.“

Zum 70. Bestehen der NATO und der Verabschiedung des Washingtoner Vertrages am 4. April 1949 luden *Speaker* Pelosi (D-California) und *Senate Majority Leader* Mitch McConnell (R-Kentucky) den NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg am 3. April 2019 zu einer Rede vor beiden Kammern des Kongress ein – eine große Ehre, die sonst nur ausländischen Staats- und Regierungschefs zu Teil wird und das Bekenntnis der USA zur transatlantischen Gemeinschaft unterstreichen sollte. Die Rede ist abrufbar unter: [https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions\\_165210.htm](https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_165210.htm).

Die NATO war 1949 mit dem sogenannten „Nordatlantikvertrag“ als transatlantische Sicherheits- und Wertegemeinschaft ins Leben gerufen worden. Ihr gehören derzeit 29 Mitgliedsstaaten an. Im Nordatlantikvertrag unterstreichen die Vertragsparteien, dass sie entschlossen sind, „die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten“.

Im Artikel 5 vereinbaren die Vertragsparteien darüber hinaus, „dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen wird“.

Der Auswärtige Ausschuss des Senats führte in diesem Zusammenhang am 2. April 2019 eine öffentliche Anhörung zum 70. Jahrestag des Bestehens der Nordatlantischen Allianz durch, bei der unter anderem die Präsidentin des German Marshall Fund of the United States (GMF), Dr. Karen Donfried, zu Rate gezogen wurden.

Donfried arbeitete unter anderem während der Präsidentschaft Barack Obamas bis zum Jahr 2014 als *Special Assistant to the President* für transatlantische Beziehungen im Nationalen Sicherheitsrat des Weißen Hauses.

In ihrem Statement vor dem Auswärtigen Ausschuss (einzusehen unter: [https://www.foreign.senate.gov/imo/media/doc/040219\\_Donfried\\_Testimony.pdf](https://www.foreign.senate.gov/imo/media/doc/040219_Donfried_Testimony.pdf)) unterstrich die Präsidentin des GMF nicht nur die Langlebigkeit der NATO über das Ende des Ost-West-Konfliktes hinaus, sondern verwies auch darauf, dass der reine Fokus auf die Verteidigungsaufgaben nur wenige Erkenntnisse über die Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses liefere: „Defense spending alone – especially viewed in a vacuum without appropriate context – tells us surprisingly little about a country’s actual military capabilities (...) Thus, we need to focus not only on the total level of defense spending by allies, but equally on what that spending is allocated to“, so Donfried.

Mit Blick auf Trumps scharfe Kritik an den europäischen Verbündeten im Rahmen der „*Burden Sharing*-Debatte“ führte Donfried weiter aus: „The disdain President Trump

directs at the European Union (EU) is singular and has a negative impact on political cohesion within NATO given that 22 of NATO's 29 allies are also EU members. The European Union is not a foe; it is a partner, and a very important one at that.“ Gleichzeitig lobte sie die Aktivität des Kongresses in der Frage der NATO und bezog sich dabei auch auf den *NATO Support Act*, der gerade für die europäischen Verbündeten das Bekenntnis der USA zur NATO signalisiere.

Der Vorsitzende des *Senate Foreign Relations Committee* Senator James Elroy „Jim“ Risch (R-Idaho), der als enger politischer Vertrauter Präsident Trumps gilt, zeigte sich hingegen mit Blick auf die Höhe der Verteidigungsausgaben der NATO-Mitgliedsstaaten in seinem Eröffnungsstatement besorgt (einzusehen unter: <https://www.foreign.senate.gov/press/chair/release/chairman-risch-opening-statement-at-nato-hearing>). „Congress“, so Risch, „feels strongly that the financial commitment must be met. I know of at least one other person in this town who feels even more strongly, and I have discussed this with him on a number of occasions. We are all dedicated to the fact that commitments made must be met“.

Risch hat am 27. März 2019 gemeinsam mit seinem demokratischen Senatskollegen Bob Menendez (New Jersey) *Senate Resolution 123* eingebracht. Sie trägt den Titel: „Supporting the North Atlantic Treaty Organization and recognizing its 70 years of accomplishments“. Dort werden in Abschnitt 2(2) die NATO-Mitgliedsstaaten zur Einhaltung der „Wales Erklärung“ vom 5. September 2014 über die nationalen Verteidigungsausgaben von 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aufgefordert. Am 4. April, also einen Tag nach Stoltenbergs Rede im Kongress, wurde *Senate Resolution 123* in nicht-namentlicher Abstimmung im Senat angenommen.

Die Risch/Menendez-Vorlage bekennt sich in Abschnitt 1(3) weiterhin zum demokratischen Wertefundament der Nordatlantischen Allianz: „NATO is a community of democracies that acts collectively to promote freedom, stability, and peace around the globe.“

## **6. Repräsentantenhaus verabschiedet Resolutionen gegen Antisemitismus und Rassismus**

Das Repräsentantenhaus stimmte am 7. März 2019 mit 407:23 Stimmen der von dem Abgeordneten Jamie Raskin (D-Maryland) eingereichten *House Resolution 183* zu. Die Resolution verurteilt Antisemitismus und anti-muslimische Diskriminierung.

Sie trägt den Titel: „Condemning anti-Semitism as hateful expressions of intolerance that are contradictory to the values and aspirations that define the people of the United States and condemning anti-Muslim discrimination and bigotry against minorities as hateful expressions of intolerance that are contrary to the values and aspirations of the United States.“ Eingesehen werden kann der Resolutionstext unter: <https://www.congress.gov/bill/116th-congress/house-resolution/183/text>.

Der Resolution war breite Kritik an der demokratischen Kongressabgeordneten Ilhan Omar (Minnesota) vorausgegangen, die in einer Reihe inzwischen gelöschter *Tweets* Anfang Februar den Einfluss jüdischer Interessengruppen auf die amerikanische Israelpolitik kritisierte. In einer Stellungnahme verurteilte die demokratische Führung im Repräsentantenhaus um *Madame Speaker* Nancy Pelosi (D-California) und *Majority Leader* Steny Hoyer (D-Maryland) Omars Äußerungen: „Congresswoman Omar’s use of anti-Semitic tropes and prejudicial accusations about Israel’s supporters is deeply offensive. We condemn these remarks and we call upon Congresswoman Omar to immediately apologize for these hurtful comments.“

Omar zufolge seien ihre Äußerungen jedoch nicht als antisemitische Kritik an Israel zu verstehen gewesen, sondern als legitime Kritik am Einfluss israelischer Lobbygruppen. In einer per *Twitter* veröffentlichten Verlautbarung entschuldigte sich Omar für ihre Wortwahl und stellte fest: „Anti-Semitism is real and I am grateful for Jewish allies and colleagues who are educating me on the painful history of anti-Semitic tropes. [...] At the same time, I reaffirm the problematic role of lobbyists in our politics, whether it be AIPAC, the NRA or the fossil fuel industry.“

Erneute Kritik an Äußerungen Omars kamen hingegen Anfang März 2019 auf, als sie öffentlich Zweifel an der Loyalität jüdischer Abgeordneter erkennen ließ. Vor allem aus Sicht republikanischer, aber auch demokratischer Parteikollegen, bediente sie sich dabei antisemitischer Stereotype.

Die Bewerberin um die demokratische Präsidentschaftsnominierung und Senatorin aus New York, Kirsten Gillibrand, lies in einer Erklärung verlautbaren: „Those with critical views of Israel, such as Congresswoman Omar, should be able to express their views without employing anti-Semitic tropes about money or influence, just as those critical of Congresswoman Omar should not be using Islamophobic language and imagery that incites violence, such as what we saw in West Virginia.“

Wörtlich heißt es daher in der vom Repräsentantenhaus beschlossenen Resolution:

- „[T]he House of Representatives rejects the perpetuation of anti-Semitic stereotypes in the United States and around the world, including the pernicious myth of dual loyalty and foreign allegiance, especially in the context of support for the United States-Israel alliance“ und „the House of Representatives condemns anti-Muslim discrimination and bigotry against all minorities as contrary to the values of the United States“.

Kritik an der Resolution kam hingegen vom Abgeordneten Ted Deutch (D-Florida), der monierte, dass die Resolution nicht allein antisemitische Stereotype verurteile: „It feels like we are only able to call the use of anti-Semitic language by a colleague of ours – any colleague of ours – if we are addressing all forms of hatred. And it feels like we can’t say it is anti-Semitism unless everyone agrees that it is anti-Semitism.“ Neben Deutch war es auch der jüdische Abgeordnete Lee Zeldin (R-New York), der Omar direkt ansprach und kritisierte: „I, apparently, am giving Representative Omar more

credit than the Speaker is because I don't believe she is naive. I believe that she knows exactly what she is doing. It is an American value, by the way, to have reasonable, legitimate criticism of a government, whether it be the U.S. Government, Israel, or any other government. It is not an American value, though, to be hurling anti-Semitic rhetoric.“

Bereits im Januar hatten die Abgeordneten im Repräsentantenhaus mit 424:1 Stimmen *House Resolution 41* zugestimmt. Sie trägt den Titel „Rejecting White nationalism and White supremacy“. In der vom demokratischen Abgeordneten James Clyburn (South Carolina) eingereichten Resolution stellen die Abgeordneten fest: „[T]he House of Representatives once again rejects White nationalism and White supremacy as hateful expressions of intolerance that are contradictory to the values that define the people of the United States.“ Der Resolutionstext kann eingesehen werden unter: <https://www.congress.gov/bill/116th-congress/house-resolution/41/text>.

Die Resolution knüpfte damit direkt an die Äußerungen des republikanischen Abgeordneten Steve King (Iowa) an, der in einem Interview mit der *New York Times* im Januar sagte: „White nationalist, white supremacist, Western civilization — how did that language become offensive?“. Die Äußerungen Kings sorgten überparteilich für Empörung. Scharfe Kritik kam unter anderem von seinen Fraktionskollegen Kevin McCarthy (California), dem Minderheitsführer der Republikaner, Steve Scalise (Louisiana), dem *Minority Whip* der Republikaner im Repräsentantenhaus, Liz Cheney (Wyoming), der Vorsitzenden der *House Republican Conference* sowie dem republikanischen Senator Timothy Eugene „Tim“ Scott (South Carolina).

Angesichts des wachsenden öffentlichen Drucks und der Ankündigung der Demokraten, mittels eines Resolutionsentwurfs die Republikaner zu einer Positionierung gegenüber den Äußerungen Kings zu bewegen, entschied sich Kevin McCarthy schließlich dazu, Steve King von seinen Sitzen im Justiz- und Landwirtschaftsausschuss zu entbinden.

## **7. Demokraten stellen Überlegungen zu einem *Green New Deal* vor**

Erstmals seit dem *American Clean Energy and Security Act* (H.R. 2454) aus dem Jahr 2009 haben die Demokraten einen umfangreichen Gesetzesentwurf zum Klimaschutz vorgelegt (vgl. Congress Report, Jahrgang 24, 2009, Heft 5-6, S. 1-2 und Heft 9-10, S. 4-5). Der am 7. Februar 2019 parallel im Senat und Repräsentantenhaus eingereichte Resolutionsentwurf hat zum Ziel, die Folgen des Klimawandels und den Treibhausgasausstoß der USA zu begrenzen und gleichzeitig einen Plan für den Übergang in eine emissionsneutrale Gesellschaft zu skizzieren.

Der sogenannte *Green New Deal* geht dabei auf eine Initiative der 2018 in das Repräsentantenhaus gewählten Abgeordneten Alexandria Ocasio-Cortez (D-New York) zurück, die unterstützt durch die Jugendorganisation *Sunrise Movement* ein *Select Com-*



mittee For A Green New Deal einzurichten versuchte. Damit sollte das Thema Klimaschutz erneut auf die politische Agenda des erstmals seit acht Jahren wieder von den Demokraten kontrollierten Repräsentantenhauses gesetzt werden. Der Entwurf von Ocasio-Cortez kann unter: <https://docs.google.com/document/d/1jxUzp9SZ6-VB-4wSm8sselVMsqWZrSrYpYC9sIHLZo/edit> eingesehen werden.

Die Führung um *Speaker* Nancy Pelosi (D-California) zeigte sich jedoch zurückhaltend gegenüber dem Vorschlag und entschied stattdessen, das bereits 2007-2011 existierende *Select Committee on Energy Independence and Global Warming* unter Leitung der Abgeordneten Kathy Castor (D-Florida) wiedereinzusetzen. Aufgrund der Unterstützung zahlreicher Abgeordneter entschied sich die Abgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez zusammen mit Senator Edward „Ed“ Markey (D-Massachusetts) hingegen dazu, das Thema als gemeinsamen Resolutionsentwurf (House Resolution 109/Senate Resolution 59) in beide Kongresskammern einzureichen.

Am 7. Februar stellten sie dazu ihre Planungen für einen *Green New Deal* in Washington öffentlich vor. Der Resolutionsentwurf kann eingesehen werden unter: <https://www.congress.gov/bill/116th-congress/senate-resolution/59/text>.

Im Mittelpunkt des *Green New Deal* steht das Ziel, die Regierung der USA dazu zu verpflichten, „to achieve net-zero greenhouse gas emissions through a fair and just transition for all communities and workers“, sowie „to create millions of good, high-wage jobs and ensure prosperity and economic security for all people of the United States“.

Dafür sollen in den nächsten zehn Jahren unter anderem

- durch Investitionen in kommunale Projekte und Strategien die Resilienz gegenüber den Folgen des Klimawandels gesteigert;
- die Infrastruktur der USA verbessert und ausgebaut;
- 100 Prozent des amerikanischen Energiebedarfs durch saubere, erneuerbare und emissionsfreie Energiequellen gedeckt;
- alle bestehenden und neu zu bauenden Gebäude in den USA auf maximale Energieeffizienz umgerüstet und das Transportsystem umgebaut und
- die Landwirtschaft soweit umgestaltet werden, dass auch hier Treibhausgasemissionen vermieden werden können.

Der Resolutionsentwurf enthält somit keine konkreten politischen Maßnahmen, sondern stellt vielmehr eine allgemeine programmatische Ausrichtung der USA hin zu einer klimafreundlichen und emissionsneutralen Gesellschaft dar.

Im Vergleich zu älteren Ansätzen wie dem *American Clean Energy and Security Act* aus dem Jahr 2009 sieht der *Green New Deal* vor allem vor, den Übergang zu einer emissionsfreien Gesellschaft durch ein umfangreiches Arbeits- und Sozialprogramm zu begleiten, das die vom Klimawandel am stärksten betroffenen gesellschaftlichen Gruppen schützt.

Bereits bei Vorstellung des Plans konnte dieser die Unterstützung zahlreicher namhafter Demokraten für sich gewinnen. So stellten sich im Senat alle offiziellen Bewerberinnen und Bewerber der Demokraten um die Präsidentschaftsnominierung hinter den Plan eines *Green New Deal*. Dies waren Cory Booker aus New Jersey, Kirsten Gillibrand aus New York, Kamala Harris aus Kalifornien, Amy Klobuchar aus Minnesota und Elizabeth Warren aus Massachusetts. Gleichzeitig zeigte sich aber auch, dass die Demokraten keineswegs einheitlich hinter dem Vorhaben eines *Green New Deal* stehen. Zu den prominentesten demokratischen Kritikern gehörten unter anderem *Speaker* Nancy Pelosi (D-California) sowie die demokratische Senatorin Dianne Feinstein (California), die vor allem die breite Agenda des Resolutionsentwurfs kritisierten.

Der republikanische Mehrheitsführer im Senat, Mitch McConnell (Kentucky), versuchte, die innerparteilichen Meinungsverschiedenheiten der Demokraten politisch auszunutzen. Eine Abstimmung über den Resolutionsentwurf am 26. März 2019 sollte eine öffentliche Positionierung der Demokraten im Senat bezwecken. Bereits im Vorfeld kritisierten demokratische Abgeordnete die Abstimmung als „bluff-votes“, so Alexandria Ocasio-Cortez (D-New York), oder als „sham vote that’s meant to embarrass one person or another“, so der Minderheitsführer der Demokraten im Senat, Chuck Schumer (New York).

Da sich die republikanischen Abgeordneten geschlossen gegen eine Abstimmung aussprachen und die demokratischen Abgeordneten mehrheitlich mit „*Present*“ votierten, sich also einer Stimmabgabe enthielten, verfehlte der Senat letztlich die erforderliche 60-Stimmen-Mehrheit für eine Debatte und finale Abstimmung über die Resolution. Als einzige Demokraten stimmten Joe Manchin (West Virginia), Doug Jones (Alabama) und Kyrsten Sinema (Arizona) mit der republikanischen Senatsfraktion und sprachen sich damit offen gegen den Resolutionsentwurf eines *Green New Deal* aus.

Die drei Gegenstimmen von Manchin, Jones und Sinemas verdeutlichen die internen Spannungen der Demokraten über das weitere Vorgehen und die programmatische Ausrichtung für die folgenden zwei Jahre bis den zu den Präsidentschaftswahlen 2020. Während über den Kampf gegen den Klimawandel allgemeiner Konsens bei den Demokraten zu bestehen scheint, sind diese geteilt über die zu treffenden Maßnahmen, vor allem hinsichtlich der arbeits- und sozialrechtlichen Maßnahmen so wie sie im Entwurf zu einem *Green New Deal* von Alexandria Ocasio-Cortez und Ed Markey gefordert werden.



## **8. Senate Select Committee on Intelligence führt öffentliche Anhörung zu aktuellen Bedrohungslagen für die USA durch**

Der Geheimdienstausschuss des Senats hat am 29. Januar 2019 unter Führung seines republikanischen Vorsitzenden Richard M. Burr (North Carolina) eine öffentliche Anhörung zu den weltweiten nationalen Bedrohungslagen der USA durchgeführt.

Dabei haben die Spitzen mehrerer amerikanischer Nachrichtendienste wie Daniel Coats, *Director of National Intelligence* (DNI), Christopher Wray, *Federal Bureau of Investigation*, Gina Haspel, *Central Intelligence Agency*, und General Robert Ashley, *Defense Intelligence Agency*, General Paul Nakasone, *National Security Agency*, und Robert Cordillo, *National Geospatial Intelligence Agency*, dem Ausschuss ihre Einschätzung der drängendsten Herausforderungen für die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik vorgetragen.

Auffällig war in diesem Zusammenhang vor allem die Diskrepanz zwischen den Einschätzungen der Nachrichtendienste zum derzeitigen *Worldwide Threat Assessment* und den Positionen, die Präsident Donald Trump dazu des Öfteren vertreten hat.

Die Grundlage für die Aussagen der Vertreterin und Vertreter der Nachrichtendienste sind in eine 42 Seiten umfassende Stellungnahme des DNI eingeflossen. Sie trägt den Titel: „Worldwide Threat Assessment of the US Intelligence Community“ und kann eingesehen werden unter: <https://www.intelligence.senate.gov/sites/default/files/documents/os-dcoats-012919.pdf>.

In seiner Stellungnahme unterstreicht der DNI, Daniel Ray „Dan“ Coats, der zwischen 1989 und 1999 sowie von 2001 bis 2017 als Republikaner für den Bundesstaat Indiana dem Senat angehörte und in den Jahren 2001 bis 2005 amerikanischer Botschafter in Deutschland war, dass die Bedrohungen für die nationale Sicherheit der USA im Jahr 2019 zugenommen haben.

Vor allem die VR China und Russland haben demnach ihre machtpolitische Rivalität mit den Vereinigten Staaten von Amerika intensiviert und das über das gesamte Spektrum der Großmacht Konkurrenz. Gemeint ist das Streben nach technologischer und militärischer Überlegenheit beider Mächte („a race for technological and military superiority, and is increasingly about values“).

Die Bedrohungswahrnehmungen der VR Chinas und Russlands konvergieren nach Coats so stark wie seit den 1950er Jahren nicht mehr und würden nicht unwesentlich durch einen wahrgenommenen amerikanischen Unilateralismus gespeist („perceived US unilateralism and interventionism and Western promotion of democratic values and human rights“). Diese Aussage kann man durchaus als Kritik an der *America First foreign policy* Präsident Trumps deuten, so wie sie die Administration im Dezember 2017 in ihrer *National Security Strategy* (NSS) offiziell formuliert hat (vgl. dazu Congress Report, Jahrgang 32, 2017, Heft 11-12, S. 13 ff.).

Die amerikanischen Nachrichtendienste halten es für unwahrscheinlich, dass

- Nordkorea dazu bereit ist, sein gesamtes nukleares Waffenarsenal, einschließlich aller Trägersysteme und Produktionsstätten für waffenfähiges Nuklearmaterial, aufzugeben.

Für die nordkoreanische politische Führung um Kim Jong-un seien Nuklearwaffen von zentraler Bedeutung für die Überlebensfähigkeit ihres Herrschaftssystems („nuclear arms as critical to regime survival“).

Präsident Trump hatte die komplette Denuklearisierung Nordkoreas für politisch möglich und verhandelbar erachtet, war damit jedoch beim zweiten Gipfeltreffen mit dem nordkoreanischen Diktator in Hanoi, Vietnam, Ende Januar 2019 gescheitert (vgl. auch Congress Report, Jahrgang 32, 2017, Heft 9-10, S. 8-12).

Trumps DNI Dan Coats führt in diesem Zusammenhang aus: „We continue to assess that North Korea is unlikely to give up all its nuclear weapons and production capabilities, even as it seeks to negotiate partial denuclearization steps to obtain key US and international concessions“. (Seite 27)

Mit Blick auf das Atomabkommen mit dem Iran (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA), das Präsident Trump am 8. Mai 2018 einseitig aufgekündigt hatte (vgl. Congress Report, Jahrgang 33, 2018, Heft 5-8, S. 16 ff.), stellt der DNI vor dem Geheimdienstausschuss des Senats fest, dass

- die Regierung in Teheran derzeit keine Anstrengungen zur Entwicklung von Nuklearwaffen unternimmt.

Dazu heißt es auf Seite 10: „We continue to assess that Iran is not currently undertaking the key nuclear weapons-development activities we judge necessary to produce a nuclear device. (...) Iran’s continued implementation of the JCPOA has extended the amount of time Iran would need to produce enough fissile material for a nuclear weapon from a few months to about one year.“

Es ist interessant, dass DNI Coats in seiner Stellungnahme vor dem *Senate Select Committee on Intelligence* die Bedrohung durch „cyber capabilities“ an den Anfang seiner Ausführungen zu den globalen Bedrohungen für die USA stellt, insbesondere vorgetragen durch die VR China, Russland, den Iran und Nordkorea. Dabei widmet er auch den perspektivisch zu erwartenden Versuchen der Einflussnahme auf die Präsidentschaftswahlen 2020 eine Seite in seinen Ausführungen.

Anschließend geht der DNI unter anderem auf die wachsende Bedrohung durch die Proliferation von Massenvernichtungswaffen (S. 8-10), den internationalen Terrorismus (S. 10-13) und den Klimawandel (S. 23) ein.

Mit Blick auf die Bedrohung durch transnationale organisierte Kriminalität stellt DNI Dan Coats fest, dass im Jahr 2017 etwa 70.000 Amerikanerinnen und Amerikaner durch Drogenkonsum ihr Leben verloren haben, wobei mindestens 28.000 Menschen in den USA am Überkonsum von Opioiden und hier des Schmerzmittels Fentanyl gestorben sind. Für den Zeitraum zwischen 2010 und 2017 entspricht das einer Steigerung der Mortalitätsrate in den USA um 846 Prozent.

Für den Krieg im Jemen (vgl. auch Punkt 4) zwischen der saudisch geführten Koalition und den Huthi-Rebellen geht der DNI von einer anhaltenden humanitären Katastrophe aus, da mehr als 22 Mio. oder etwa 75 Prozent der jemenitischen Bevölkerung auf direkte Hilfe angewiesen seien. 16 Mio. Jemeniten hätten keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und ausreichenden Lebensmitteln und mindestens 1,2 Millionen seien an Cholera erkrankt.

Vor allem die Einordnungen der Nachrichtendienste zu Nordkorea und dem Iran haben Präsident Trump wohl dazu bewegt seinen Nachrichtendiensten vorzuwerfen, dass sie „passive and naive“ seien und „should go back to school“. Von Seiten der Geheimdienste wurde dem Präsidenten daraufhin „willful ignorance“ im Umgang mit ihren Bedrohungseinschätzungen vorgeworfen. Er müsse aus den täglichen Briefings (*President's Daily Briefings*) eigentlich über sämtliche „Worldwide Threat Assessments“ adäquat informiert sein. Allerdings setze das voraus, dass er bereit sei, seine Überzeugungen mit den vorgelegten Geheimdienstinformationen abzugleichen. Anderenfalls könne der „Disconnect“ zwischen dem Präsidenten und seinen Nachrichtendiensten die Gefährdung der nationalen Sicherheit befördern.

## **9. Senat macht Vorschläge zur Beendigung der Kriege im Irak und in Afghanistan**

Im Senat haben am 6. März 2019 die beiden Senatoren Timothy Michael „Tim“ Kaine (D-Virginia) und Todd Christopher Young (R-Indiana) einen gemeinsamen Gesetzesentwurf zur Beendigung des Irakkrieges eingebracht.

Hintergrund ist die wiederholte Erklärung Präsident Donald Trumps, dass der Krieg gegen den sogenannten „Islamischen Staat“ (Islamic State in Iraq and Syria, ISIS) durch die Eroberung der letzten von ISIS-kontrollierten Gebiete in Syrien und Irak „gewonnen sei“.

Dazu führte Trump zuletzt in einer Pressemeldung des Weißen Hauses am 23. März 2019 aus: „American and coalition forces have had one military victory after another over the last two years against ISIS, including the retaking of both Mosul in Iraq and Raqqa in Syria. We've liberated more than 20,000 square miles of territory.“ Dieser Umstand hatte noch kurz vor Weihnachten 2018 massive parteiübergreifende Kritik im Kongress ausgelöst (siehe dazu Punkt 4 und Congress Report, Jahrgang 33, 2018, Heft 11-12, S. 6 f.).

Zwar wurde der Irakkrieg von Trumps Amtsvorgänger Barack Obama im Jahr 2011 für beendet erklärt. Mit der wachsenden Bedrohung durch die Terrororganisation ISIS, ausgelöst durch den Bürgerkrieg in Syrien, dem Irakkrieg 2003 und die darauffolgende Instabilität der schiitischen Zentralregierung im Irak, bildete sich jedoch im August 2014 eine US-geführte Anti-ISIS-Koalition, die den „Islamischen Staat“ im Nordirak und Syrien mit Luftangriffen bekämpfen sollte.

Dies geschieht seitdem unter anderem auf Basis der Authorization for Use of Military Force Against Iraq (AUMF, *Public Law 107-243*), die der Kongress am 10./11. Oktober 2002 verabschiedete und damit dem damaligen Präsidenten George W. Bush, der auf einen „Regime-Wechsel“ in Bagdad drängte, bedeutende Vollmachten einräumte. In der AUMF 2002 wird der Präsident in Abschnitt 3 (a) dazu ermächtigt „to use the Armed Forces of the United States as he determines to be necessary and appropriate“, um die nationale Sicherheit der USA gegen die Bedrohung durch den Irak zu verteidigen. Die AUMF 2002 setzte kein Zeitlimit für den Einsatz der amerikanischen Streitkräfte im Irak.

Die Senatoren Tim Kaine (D-Virginia) und Todd Young (R-Indiana) wollen nun mit Blick auf die von Präsident Trump in Aussicht gestellte Beendigung der Kampfeinsätze gegen den „Islamischen Staat“ die AUMF 2002 durch Senate Joint Resolution 13 ersetzen. Sie trägt den Titel „To repeal the authorizations for use of military force against Iraq, and for other purposes“. Der Gesetzentwurf kann eingesehen werden unter: <https://www.congress.gov/bill/116th-congress/senate-joint-resolution/13/text>.

Zugleich soll im Rahmen des Gesetzentwurfs auch die Joint Resolution to authorize the use of United States Armed Forces pursuant to United Nations Security Council Resolution 678 (Public Law 102-1) des Kongresses aus dem Jahre 1991 widerrufen werden. In ihr hatte der Kongress den damaligen Präsidenten George H. W. Bush dazu ermächtigt die vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verabschiedete Resolution 678 gegen den Irak durchzusetzen. Im Zweiten Golfkrieg führten die USA eine internationale Koalition gegen Saddam Hussein an, der Kuwait 1990 gewaltsam besetzen ließ und dann völkerrechtswidrig annektiert hatte. Die Kampfhandlungen („Operation Desert Storm“) endeten nach knapp zwei Monaten am 5. März 1991 mit dem Rückzug des Iraks aus Kuwait.

Zur Begründung des vorgeschlagenen Widerrufs der Ermächtigungsresolutionen führte Senator Kaine nun Folgendes aus: „It’s past time to repeal both AUMFs and formally mark the end of the Iraq War that resulted in a devastating loss of life and wounded tens of thousands of our troops. *It makes no sense that two AUMFs remain in place against a country that is now a close ally. They serve no operational purpose, run the risk of future abuse by the President, and help keep our nation at permanent war.*“ (Hervorhebung durch die Redaktion)

Sein Senatskollege Todd Young fügte mit Blick auf die verfassungsrechtliche Rolle des Kongresses hinzu: „There is no obligation more sobering than considering an authorization for the use of military force, and it is critical that Congress exercise robust oversight once authorities have been granted. As a young high school student, I enlisted in the Navy mere weeks before the Gulf War began. Now, 28 years later, those war authorities are still active and still in law. This illustrates the level of Congressional failure to perform its Constitutionally mandated oversight role.“ (Hervorhebung durch die Redaktion). Die Stellungnahmen der Senatoren Kaine und Young können eingesehen werden unter: <https://www.kaine.senate.gov/press-releases/kaine-and-young-introduce-bill-to-repeal-1991-2002-aumfs-formalizing-end-of-gulf--iraq-wars>.

Unberührt dagegen bliebe die Ermächtigungsresolution aus dem Jahre 2001. In der „Authorization for Use of Military Force“ (AUMF) des Jahres 2001 (*Public Law 107-40*) gestand die Legislative dem Präsidenten den umfassenden Einsatz von Streitkräften („all necessary and appropriate force“) gegenüber jenen „Nationen, Organisationen oder Personen“ zu, für die der *Commander-in-Chief* feststellt, dass sie die Terrorangriffe des 11. September 2001 „geplant, autorisiert oder begangen haben“. Dabei schloss der Kongress auch „future acts of international terrorism against the United States by such nations, organizations or persons“ ausdrücklich mit ein.

Sowohl Tim Kaine als auch Todd Young sind Mitglied des *Senate Foreign Relations Committee*. Der Senatsausschuss hatte bereits in der 115. Legislaturperiode des Kongresses unter seinem damaligen Vorsitzenden Bob Corker (R-Tennessee) mehrere Anhörungen zu diesem Thema abgehalten. Der Vorschlag, die beiden AUMFs aus den Jahren 2001 und 2002 zu ersetzen, scheiterte jedoch im Jahr 2018 daran, dass weder die Trump-Administration noch eine Mehrheit der Republikaner sich für eine Erneuerung der beiden AUMFs aussprachen.

Auch scheint es unwahrscheinlich, dass der seit dem 6. Januar 2019 amtierende neue *Chairman* des *Auswärtigen Ausschusses*, Senator Jim Risch (R-Idaho), eine solche Maßnahme unterstützt.

Mit Blick auf den 18 Jahre andauernden Afghanistankrieg, den längsten in der Geschichte der USA, haben die Senatoren um den libertären Republikaner Rand Paul (Kentucky) und den Demokraten Tom Udall (New Mexiko) am 5. März 2019 einen Gesetzesentwurf (*Senate Joint Resolution 12*) eingebracht, der einen vollständigen Truppenabzug der amerikanischen Streitkräfte aus Afghanistan zur Folge hätte. Der Entwurf kann eingesehen werden unter: <https://www.congress.gov/bill/116th-congress/senate-joint-resolution/12/text>.

Der Resolutionsentwurf zielt darauf ab

- die AUMF 2001 zu widerrufen, sobald alle Streitkräfte aus Afghanistan abgezogen sind („Repeal of Authorization for Use of Military Force“);



- den ca. 3 Millionen eingesetzten US-Soldaten und Soldatinnen eine Gratifikation von jeweils 2.500 USD auszuzahlen („Removal and Bonus“);
- den Verteidigungsminister anzuweisen, innerhalb von 45 Tagen einen Plan zum vollständigen Truppenabzug vorzulegen („Plan Required“);
- einen militärischen Sieg in Afghanistan zu vermelden, da mit der Tötung Osama Bin Ladens am 2. Mai 2011 in Abbottabad und der Eindämmung Al-Qaidas in der „Af-pak“-Region die strategischen Ziele erreicht worden seien.

Damit würde die Rechtsgrundlage für den Krieg gegen den internationalen Terrorismus und den Drohnenkrieg der USA entfallen (siehe dazu den Punkt 4). Senator Paul erklärte dazu: „Endless war weakens our national security, robs this and future generations through skyrocketing debt, and creates more enemies to threaten us. For over 17 years, our soldiers have gone above and beyond what has been asked of them in Afghanistan. It is time to declare the victory we achieved long ago, bring them home, and put America’s needs first“ (einzusehen unter: <https://www.paul.senate.gov/news/sens-paul-and-udall-introduce-legislation-end-war-afghanistan>).

Unterstützung erfahren die beiden Maßnahmen einerseits durch die progressive Demokratin Alexandria Ocasio-Cortez (New York) im Repräsentantenhaus, andererseits durch die Senatorin Elizabeth Warren (D-Massachusetts) sowie durch den parteilosen Senator Bernie Sanders (Vermont). Die drei Kongressmitglieder haben die Kampagne „End the Forever War“ gegründet (siehe dazu: <https://commondefense.us/end-the-forever-war/>). Warren und Sanders sind zudem Bewerber um die demokratische Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen am 3. November 2020.

Auch wenn die beiden Resolutionsentwürfe zur Beendigung der Kriege in Afghanistan und dem Irak zurzeit kaum Aussicht auf Erfolg haben, signalisieren sie doch die Bereitschaft einiger im Kongress, die gesetzlichen Vollmachten für den Präsidenten im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zurückzunehmen.

## **10. Statistische Durchsetzungsrate Präsident Trumps im Kongress auch in seinem zweiten Amtsjahr hoch**

Die statistische Durchsetzungsrate Präsident Trumps im Kongress („Average Presidential Support Score“, APSS) war nach statistischen Berechnungen von Congressional Quarterly (CQ) auch in dessen zweitem Amtsjahr hoch und lag insgesamt bei 93,4 Prozent.

Dabei konnte sich der 45. Präsident der USA unter den Bedingungen von Unified Government (also der parteipolitischen Kontrolle der Republikaner von Repräsentantenhaus, Senat und Präsidentenamt) im Senat in 93,5 Prozent und im Repräsentantenhaus in 93,3 Prozent der Abstimmungen durchsetzen, in denen er eine Position bezogen hatte.

Im Jahr 2017, Trumps erstem Amtsjahr im Weißen Haus, hatte Trumps statistische Durchsetzungsrate im Kongress sogar bei 98,7 Prozent gelegen (vgl. Congress Report, Jahrgang 33, 2018, Heft 1-4, S. 23 ff.). Der statistische Wert lag damit sogar noch höher als der „Average Presidential Support Score“ Barack Obamas, der sich im Jahr 2009, ebenfalls unter den Bedingungen eines „unified government“, nach Berechnungen von CQ in 96,7 Prozent der Abstimmungen, zu denen er eine Position bezogen hatte, gegenüber dem Kongress durchsetzen konnte.

Präsident Trumps APSS von 93,4 Prozent im Jahr 2018 ergibt sich aus der Untersuchung von insgesamt 137 Abstimmungen im Kongress durch CQ, 30 im Repräsentantenhaus und 107 im Senat. Obwohl Trumps APSS 5,3 Prozentpunkte niedriger war als im Jahr 2017, lag er dennoch statisch über jener Höchstmarke von 87,4 Prozent, die Trumps republikanischer Amtsvorgänger George W. Bush im Jahr 2002 nach Berechnungen von CQ erzielen konnte.

Trumps hohe statistische Durchsetzungsrate in seinem zweiten Amtsjahr wurde zweifelsohne durch die Tendenz zur Unterordnung der Republikaner in beiden Kammern des Kongresses befördert. Nur wenige Fraktionsmitglieder wie der verstorbene Senator John McCain (R-Arizona, vgl. Congress Report, Jahrgang 33, 2018, Heft 9-10, S. 11 ff.) waren bereit, dem Präsidenten im Jahr der *Midterm Elections* politisch in die Parade zu fahren (vgl. Congress Report, Jahrgang 33, 2018, Heft 11-12, S. 11 ff), mussten sie ansonsten doch den Zorn Präsident Trumps und der ihn unterstützenden konservativen Wählerschichten befürchten.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass auch der Average Party Unity Score (APUS) in der zweiten Sitzungsperiode des 115. Kongresses nach Berechnungen von CQ in Trumps zweitem Amtsjahr statistisch betrachtet hoch war. So stimmten 2018 die Republikaner im Senat unter Führung von *Majority Leader* Mitch McConnell (R-Kentucky) nach CQ im Durchschnitt in 92 Prozent der Abstimmungen mit ihrer Fraktion. Im ebenfalls 2018 noch republikanisch kontrollierten Repräsentantenhaus lag dieser statistische Wert nach CQ bei 91 Prozent. Umgekehrt stimmten die demokratischen Minderheitsfraktionen im Repräsentantenhaus in 91 Prozent und im Senat in 87 Prozent der Abstimmungen im Jahr 2018 entlang der Fraktionslinie.

An der hohen parteipolitischen Polarisierung im Kongress, die seit den 1990er Jahren zu beobachten ist und ihren Ausgangspunkt darin hat, dass im amerikanischen Mehrheitswahlssystem mit dem daraus folgenden Zweiparteiensystem die republikanische und die demokratische Partei ideologisch jeweils zunehmend homogener geworden sind, dürfte sich statisch gesehen auch in Trumps drittem Amtsjahr wenig ändern.

Mit Blick auf den Mehrheitswechsel im Repräsentantenhaus zugunsten der Demokraten in den Midterm Elections 2018 und die Rückkehr zum *Divided Government* dürften die APSS für Trump am Ende seines dritten Amtsjahres 2019 statistisch gesehen allerdings merklich anders ausfallen als im vergangenen Jahr.



**Congress Report, ISSN 0935-7246**

**Redaktion**

Lukas D. Herr, M.A.  
Dr. Söhnke Schreyer

Marcus Müller, M.Ed.  
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

**Herausgeber**

Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

**Politikwissenschaft II**

Technische Universität Kaiserslautern  
Postfach 3049  
67653 Kaiserslautern

[www.sowi.uni-kl.de/politikwissenschaft/  
publikationen/congress-report/](http://www.sowi.uni-kl.de/politikwissenschaft/publikationen/congress-report/)